

AußenwirtschaftsNews – USA

01/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf ausgewählten Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im dritten Quartal 2025 stark gewachsen. Das reale BIP stieg auf Jahresbasis hochgerechnet um 4,3 Prozent. Dies ist auf gestiegene Konsumausgaben, Exporte und Staatsausgaben zurückzuführen. Die Erwartungen für das vierte Quartal sind weniger optimistisch. Grund sind vor allem die geringeren Staatsausgaben infolge des Government Shutdowns.
- Die US-Wirtschaft verzeichnete im November einen geringen Stellenzuwachs von 64.000 Stellen. Neue Stellen gab es vor allem im Gesundheitsbereich und zum Teil im Baugewerbe. Im öffentlichen Dienst gab es dagegen nochmal 6.000 Stellen weniger, nachdem im Oktober im großen Umfang (162.000) Stellen verloren gegangen waren. Die Arbeitslosenquote stieg auf 4,6 Prozent.
- Der Erzeugerpreisindex stieg im September im Vergleich zum Vormonat um 0,3 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte er sich um 2,7 Prozent. Der Anstieg wurde vor allem von Energiekosten getrieben.
- Die Inflation stieg im November auf 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Zuwachs fiel geringer aus als in den Vormonaten, was jedoch auch auf Anpassungen bei Datensammlung und Berechnung zurückgeführt werden könnte. Die zuständige Statistikbehörde hatte wegen des Government Shutdowns ihr Vorgehen angepasst.
- Das Verbrauchertrauen in den USA ist weiterhin niedrig. Insbesondere die hohen Lebenshaltungskosten und die unsichere Arbeitsmarktsituation wirken sich negativ auf das Verbrauchertrauen aus. Zum Jahresende lag der Index knapp 30 Prozent unter dem Vorjahresniveau.
- Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) hat den Leitzins im Dezember zum dritten Mal in Folge gesenkt. Er wurde abermals um einen Viertelpunkt auf die neue Spanne von 3,50 bis 3,75 Prozent heruntergesetzt. Begründet wurde dies mit Schwächesignalen vom Arbeitsmarkt. Die Verbraucherpreise waren zuvor erneut gestiegen, allerdings weniger stark als erwartet.

2 Handels- und Zollpolitik

- **Zollvereinbarung zwischen USA, Schweiz und Liechtenstein:** Die Vereinigten Staaten, die Schweiz und Liechtenstein haben im November eine Einigung im Handelsstreit erzielt, nun beginnen sie mit der Umsetzung der Vereinbarung: Ende Dezember haben die USA Zölle auf Importe aus der Schweiz rückwirkend zum 14. November 2025 angepasst. Es gilt ein Zollsatz von 15 Prozent oder der MFN-Zollsatz, falls dieser über 15 Prozent liegt. Das betrifft unter anderem Flugzeuge, bestimmte luftfahrtrelevante Teile, Gummiprodukte, Kosmetika und Generika. Eine vollständige Liste der betroffenen Produkte kann im Federal Register eingesehen werden ([90 FR 59281](#)). Bereits bestehende Ausnahmen von den US-Zusatzzöllen bleiben unverändert in Kraft. Bei Zöllen auf Stahl und Aluminium konnte keine Einigung erzielt werden, sodass die Zusatzzölle von 50 Prozent weiter gelten.
- **Vereinbarung zu Pharmaimporten aus UK:** Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben sich auf Nullzölle auf Pharmaexporte aus Großbritannien in die USA geeinigt. Die Zollvereinbarung soll zunächst drei Jahre gelten. Damit gelten für Einfuhren aus Großbritannien niedrigere Zollsätze als für Einfuhren aus anderen Staaten, mit denen die USA Zollvereinbarungen geschlossen haben.
- **Entwicklung deutscher Exporte in die USA 2025:** Die deutschen Exporte in die USA brachen nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in den ersten drei Quartalen 2025 um fast acht Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Zwischen 2016 und 2024 waren die Ausfuhren über den Atlantik noch um durchschnittlich fünf Prozent pro Jahr gestiegen. Damit sind die US-Exporte Deutschlands unter das Niveau von 2022 zurückgefallen. Besonders betroffen sind Exporte der Automobilindustrie, des Maschinenbaus und der Chemieindustrie.

3 Allgemeine Politik

- **US-Konzerne von Mindestbesteuerungsregeln ausgenommen:** Nach der 2021 von der EU, den USA und rund 130 Staaten vereinbarten Mindeststeuer sollen internationale Firmen mit mindestens 750 Millionen Euro Jahresumsatz unabhängig von ihrem Sitz mindestens 15 Prozent Steuern zahlen. Damit soll die Verlagerung von Unternehmensgewinnen in Steueroasen verhindert werden. Nun wurden US-Firmen von der Vereinbarung ausgenommen. Sie sollen in einem alternativen US-System besteuert werden. Die Ausnahme gilt ab dem 1. Januar 2026.
- **Deutsche Banken reagieren auf US-Bewertungen deutscher Organisationen:** Deutsche Banken haben ihre Geschäftsbeziehungen zu mehreren deutschen Vereinen beendet, nachdem diese von den USA als linke Terrororganisationen eingestuft wurden. Die Banken begründeten ihre Entscheidungen mit Risiken für ihr USA-Geschäft, falls sie weiter die Konten der Organisationen führen, oder äußerten sich nicht zu den Gründen.
- **Nationale Sicherheitsstrategie:** Die USA haben ihre Nationale Sicherheitsstrategie veröffentlicht. Die Strategie markiert einen Bruch mit der bisherigen US-Außenpolitik, die



auf Kooperation mit Europa und auf multilaterale Institutionen setzte. Nun verschiebt sich der Fokus auf nationale Eigeninteressen und eine „America First“-Orientierung. Für europäische Staaten könnten sich daraus erhebliche geopolitische Konsequenzen ergeben: Zweifel an der Verlässlichkeit der USA als Partner, Neubewertung transatlantischer Sicherheitsstrukturen und mögliche Anreize für stärkere Autonomie Europas.

Ansprechpartner

Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482

marion.zilker@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569

christoph.kolle@vbw.com

www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.